

Stellungnahmen

der Mitglieder der

Niedersächsischen Allianz für die Krankenhäuser

anlässlich der Pressekonferenz am 20. Juni 2023 in Hannover



Die Lage im deutschen Gesundheitswesen insgesamt und in den Krankenhäusern ist zunehmend prekär. Die Belastung für die Mitarbeitenden ist extrem hoch. Wirtschaftlicher Druck ausgelöst durch die hohe Inflation darf nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen werden. Wir brauchen verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen für eine Patienten- und aufgabengerechte Personalausstattung. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist elementarer Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge.

Ansprechpartnerin:

Dr. med. Martina Wenker, Präsidentin



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern kämpfen tagtäglich mit den enormen Herausforderungen bei der Versorgung schwer kranker Menschen. Vielen Kliniken gelingt es seit geraumer Zeit nur noch bedingt, freie Stellen zeitnah zu besetzen. Gleichzeitig müssen sie um jeden Euro kämpfen. Die aktuelle Situation ist nicht mehr vermittelbar.

Ansprechpartner:

Thomas Zauritz, Geschäftsführer



Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V.

Mitarbeitende in den Krankenhäusern und der Pflege allgemein sowie die ihnen anvertrauten Menschen haben es verdient, dass wir Gesundheitspolitik nicht nach Kas senlage, sondern nach den konkreten Erfordernissen der Versorgung ausrichten. Die wirtschaftliche Unsicherheit in den Krankenhäusern spüren inzwischen auch die Mit arbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bevölkerung sorgt sich um die Versorgung in der Zukunft.

Ansprechpartner:

Reinhard Kühn, Vorstand



Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.

Die Krankenhäuser leiden seit Jahren unter einer strukturellen Unterfinanzierung bei ihren Betriebskosten und den Investitionen. Massive Preissteigerungen infolge der In flations- und Energiekostenkrise stellen die Krankenhäuser vor ein schier unlösbares Problem. Eine nachhaltige Wirtschafts- und Investitionsplanung ist derzeit kaum noch möglich.

Ansprechpartner:

Caritasdirektor Johannes Buß



DRK-Landesverband
Niedersachsen e. V.

Die schwerwiegende Krise der Krankenhäuser erfordert ein schnelles und verantwortungsvolles politisches Handeln. Es darf keine weißen Flecken in der niedersächsischen Versorgungslandschaft geben. Eine gute Krankenhausversorgung ist Daseinsvorsorge und kein Luxus. Eine angemessene Finanzierung ist deshalb zwingend.

Ansprechpartner:

Dr. Ralf Selbach, Vorstandsvorsitzender, Landesgeschäftsführer



Die Krankenhäuser stehen am Rande ihrer Leistungsgrenze. Das Krankenhaussystem ist finanziell und personell ausgelaugt. Die steigende Inflation kommt nun on top. Die Sorge vor drohenden Insolvenzen steigt und damit auch die Sorge, dass benötigte Häuser unkontrolliert schließen und Lücken in das Versorgungsnetz reißen. Diese unkontrollierten Insolvenzen wären in einem Flächenland wie Niedersachsen katastrophal für eine bevölkerungsnahe Gesundheitsversorgung. Die Zeit drängt. Den Krankenhäusern muss geholfen werden. Wir fordern deshalb einen sofortigen Inflationsausgleich durch ein Vorschaltgesetz sowie eine überfällige bürokratische Entschlackung im Krankenhaus.

Ansprechpartner:

Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen

Als Arbeitgeber nehmen wir unsere Verantwortung gegenüber den Beschäftigten im Gesundheitswesen Tag für Tag wahr. Wir erwarten von der Politik, dass sie die Krankenhäuser in der gegenwärtigen Krise nach Kräften unterstützt. Das gilt auch für die Refinanzierung der hohen Tarifabschlüsse. Ein Aussitzen der massiven finanziellen Probleme wird den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen weiter verschärfen und die wirtschaftliche Schieflage der Krankenhäuser beschleunigen.

Ansprechpartner:

Michael Bosse-Arbogast, Hauptgeschäftsführer



Landes-Caritasverband für Oldenburg e.V.

Angesichts von hoher Inflation und explodierenden Energiekosten kämpfen wir bereits seit dem letzten Jahr um eine faire und nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser. Im Bereich Energie sind Hilfspakete des Bundes aufgelegt worden. Befristete Hilfspakete und Einmalzahlungen sind aber angesichts der massiven Krise nicht geeignet, um die Krankenhausversorgung in Niedersachsen nachhaltig sicherzustellen. Erforderlich sind längerfristig angelegte Lösungen der Politik.

Ansprechpartner:

Dr. Gerhard Tepe, Direktor



Den Krankenhäusern steht das Wasser bis zum Hals. Wir brauchen eine bessere Krankenhausfinanzierung. Neben einer grundlegenden Reform, die u. a. eine bessere Finanzierung der Vorhaltekosten vorsieht, schließt das eine bessere Finanzierung der Behandlungsfälle durch die Kostenträger und eine stärkere Investitionsfinanzierung durch das Land mit ein. Eine leistungsfähige Krankenhauslandschaft ist nicht zum Billigtarif zu haben.

Ansprechpartner:

Andreas Hammerschmidt, Zweiter Vorsitzender



Die immer weiter aufklaffende Finanzierungslücke bei den Betriebskosten muss durch den Bund geschlossen werden. Notwendig ist ein umfassender Inflationsausgleich sowie die vollständige, schnelle und unbürokratische Refinanzierung von Energie- und tariflichen Lohnkostensteigerungen. Bevor der gewünschte Strukturwandel planvoll und systematisch umgesetzt werden kann, muss die völlig marode Finanzierungsbasis einschließlich der massiven Defizite der Krankenhäuser in den von hoher Inflation gekennzeichneten Jahren 2022 und 2023 korrigiert werden. Auf Landesebene ist eine schnellstmögliche Auflösung des Investitionsstaus in Höhe von 3 Milliarden Euro erforderlich.

Ansprechpartner:

Helge Engelke, Verbandsdirektor



Die Existenz der niedersächsischen Krankenhäuser ist akut in Gefahr. Der kalte Strukturwandel muss sofort beendet werden. Er gefährdet die Versorgung der Patientinnen und Patienten. Der Bund muss dringend ein Vorschaltgesetz zur wirtschaftlichen Sicherung auf den Weg bringen und dauerhaft eine auskömmliche Finanzierung sicherstellen. Die Landkreise können die Rolle eines Ausfallbürgen für das Versagen des Bundes nicht länger wahrnehmen. Die schwere Finanzierungskrise der Krankenhäuser unterstreicht zudem die Notwendigkeit eines Sonderprogramms des Landes zum Abbau des bestehenden Investitionsstaus in Höhe von weit über zwei Milliarden Euro.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Hubert Meyer, Hauptgeschäftsführer



Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung in Krankenhäusern muss weiterhin sichergestellt werden. Die Politik hat die Aufgabe, die entsprechenden Rahmenbedingungen und Strukturen zu schaffen sowie die finanziellen Mittel und Investitionen zur Verfügung stellen. Eine Pflege nach Kassenlage ist nicht akzeptabel.

Ansprechpartnerin:

Vera Lux, Vorsitzende



Bund und Länder stehen gemeinsam in der Pflicht, für einen Inflationsausgleich sowie einen Ausgleich von Kostensteigerungen im Bereich der Tarifverträge zu sorgen, um die Insolvenzgefahr zu bannen und die Finanzierung der Krankenhäuser zu sichern. Eine flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Die Bürgerinnen und Bürger in den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden Niedersachsens haben einen Anspruch auf eine ausreichende und wohnortnahe medizinische Versorgung. Die aktuelle Unterfinanzierung bedroht ganz besonders auch die kleineren Krankenhäuser im ländlichen Raum.

Ansprechpartner:

Dr. Marco Trips, Präsident



NIEDERSÄCHSISCHER
STÄDTETAG

Die Städte und Landkreise in Niedersachsen stehen zu ihren Großkrankenhäusern der Schwerpunkt- oder Maximalversorgung. Seit der Corona-Pandemie stützen sie diese überragend wichtigen Einrichtungen kommunaler Daseinsvorsorge finanziell; in einigen Fällen mit mittleren oder hohen zweistelligen Millionenbeträgen im Jahr. Dies bringt etliche Städte und Landkreise aktuell an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Bund, Länder und Krankenkassen dürfen diese Kommunen hier nicht im Stich lassen.

Ansprechpartner:

Dr. Jan Arning, Hauptgeschäftsführer

Ein optimales medizinisches sowie pflegerisches Versorgungsangebot für die Patientinnen und Patienten erfordert eine angemessene finanzielle Grundlage. Die uns anvertrauten Menschen und unsere kompetenten und engagierten Mitarbeitenden stehen für uns im Vordergrund. Aber statt uns den Menschen und unseren Kernkompetenzen widmen zu können, werden wir wiederholt zu Bittstellern bei Bundesfinanz- und Bundesgesundheitsminister. Wir brauchen jetzt klare Signale aus Berlin.

Ansprechpartnerin:

Kerstin Tack, Vorsitzende



**Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen**

Die Krankenhausinvestitionen der Länder sind seit Jahrzehnten auf Talfahrt und die Betriebskostenfinanzierung systembedingt unzureichend. Diese Finanzierungskrise darf nicht weiter auf die Beschäftigten durchschlagen. Es braucht deshalb dringend eine auskömmliche Finanzierung und gleichzeitig Entlastung und verlässliche Arbeitszeiten für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern.

Ansprechpartner:

David Matrai, Landesbezirksfachbereichsleiter
Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft



Verband der
Krankenhausdirektoren
Deutschlands e.V.
Landesgruppe Niedersachsen/Bremen

Mit gesetzlich fixierten Preisen für Krankenhausleistungen verweigert der Bund den Kliniken den dringend notwendigen Inflationsausgleich. Das führt zu stetig steigenden Defiziten. Krankenhäuser können aber weder die Preise erhöhen noch streiken, sondern müssen die Patientenversorgung aufrechterhalten. Der gewissermaßen gesetzlich verordnete Insolvenzprozess gegen die Krankenhäuser muss sofort von der Bundesregierung gestoppt werden.

Ansprechpartner:

Siegfried Ristau, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschland e.V. – Landesgruppe Niedersachsen/Bremen



Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte e.V.

Pflegende und Ärzteschaft stehen zusammen und übernehmen gemeinsam die Verantwortung für die Patientinnen und Patienten. Jetzt ist die Politik am Zug. Es kann nicht sein, dass die Krankenhäuser und ihre Mitarbeitenden, die an der vordersten Linie die Versorgung aufrechterhalten, im Stich gelassen werden.

Ansprechpartner:

RA Normann J. Schuster, Hauptgeschäftsführer



Die wirtschaftliche Schieflage der Krankenhäuser wird täglich bedrohlicher. Von einer Entwarnung kann keine Rede sein. Die Uhr läuft gnadenlos gegen viele Krankenhäuser. Aktuell stellt sich nicht die Frage ob, sondern wann für einzelne Kliniken die Zeit endgültig abläuft. Notwendig ist jetzt schnellstmöglich ein Vorschaltgesetz des Bundes zur finanziellen Stabilisierung. Sonst wird die vom Bund angekündigte Reform für viele Krankenhäuser zu spät kommen, insbesondere, wenn die durch unzureichende Betriebs- und Investitionskostenfinanzierung aufgelaufenen Defizite nicht zusätzlich durch die Träger aufgefangen werden können.

Ansprechpartner:

Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorstandsvorsitzender